Berlin-Wahl 2021

Friedrichshain-Kreuzberg

www.dielinke.berlin

Wahl DIE LINKE. zeitung

Damit Berlin Dein Zuhause bleibt

Klaus Lederer, Spitzenkandidat für das Abgeordnetenhaus, und Petra Pau, Berliner Spitzenkandidatin für den Bundestag

Bei den kommenden Wahlen geht es um viel. Um sehr viel. Es geht am 26. September um nichts weniger als eine bessere Zukunft. In Berlin haben wir bewiesen, dass nicht egal ist, wer regiert. Im Bund ist jetzt Zeit zu handeln! Wir finden uns nicht damit ab, dass Menschen Flaschen sammeln müssen, um über die Runden zu kommen, Angst haben, ihre Wohnung zu verlieren, oder sich in Doppelschichten schlecht bezahlt kaputt arbeiten. Wir wollen eine Politik, die konsequent den Bedürfnissen der Leute dient, nicht dem Profit großer Unternehmen und Konzerne. Wir haben in den letzten Jahren in Berlin gezeigt: Zusammen können wir die Verhältnisse ändern und das Leben für alle verbessern. Sei es der Neubau von bezahlbaren Wohnungen, die Bekämpfung von Obdachlosigkeit, die Stärkung der Kiezbibliotheken, die Schulbauoffensive oder das kostenlose Mittagessen für Schülerinnen und Schüler. Wir haben schon viel erreicht, aber wir wollen mehr. Wir streiten für eine soziale Politik, die nicht einfach so wieder zurückgedreht werden kann. Wir machen die Abstimmung zur Mietenwahl und kämpfen weiter dafür, dass die Kieze und Wohnungen

in Berlin bezahlbar bleiben. Wir wollen, dass unsere Stadt ein Ort mit Freiräumen bleibt. Wir streiten für eine lebenswerte Stadt, in der Platz für alle Menschen ist, unabhängig von ihrem Geldbeutel oder ihrer Herkunft. Wir wollen die ökologische Verkehrswende weiter vorantreiben und einen öffentlichen Nahverkehr, den sich alle leisten können. Wir werden unsere Investitionsoffensive fortsetzen und weiter in Gesundheit, Kitas und Schulen, Kultur, Sport und einen starken öffentlichen Dienst investieren. Wir streiten dafür, dass alle Menschen am gesellschaftlichen Leben teilhaben können und alle Kinder beste Bildungschancen bekommen. In der Krise stellt sich mehr denn je die Frage, was unsere Gesellschaft eigentlich ausmacht. Unsere Antwort ist klar: Wir kämpfen für eine solidarische Gesellschaft, in der niemand zurückgelassen wird. Alle Menschen haben ein Recht auf ein gutes Leben. Eine konsequent soziale Politik für alle ist möglich. Dafür haben wir einen Plan. Für unsere Stadt und für den Bund: Wir werden vor allem die Reichen an den Kosten der Krise beteiligen. Wir wollen unser Gemeinweisen und unsere öffentlichen Infrastrukturen krisenfest machen. Wir werden die grundlegenden Bereiche unseres Lebens nicht einfach dem Markt überlassen. Wir werden Schluss machen mit der Zwei-Klassen-Medizin und den Pflegenotstand beenden. Wir werden endlich soziale Garantien für ein Leben in Würde schaffen und den Niedriglohnsektor abschaffen. Wir wollen grundlegende Veränderungen. Wir wollen einen Aufbruch für soziale Gerechtigkeit. Unser Versprechen: DIE LINKE macht den Unterschied.

Jetzt! Machen wir das Land gerecht

Für einen bundesweiten Mietendeckel, eine gerechte Steuerpolitik und ein krisenfestes Gemeinwesen brauchen wir einen grundlegenden Politikwechsel im Bund. Damit alle ein gutes Leben haben. **Seite 7**

Wem gehört die Stadt?

Unser Berliner Spitzenkandidat Klaus Lederer im Interview über gelebte Solidarität während der Pandemie, Kultur als Lebensmittel, die Mietenfrage und warum das Rote Rathaus endlich auch von innen heraus rot strahlen muss. Mehr auf **Seite 3**

Friedrichshain-Kreuzberg sozial

Was passieren muss, damit unser Bezirk lebenswert bleibt. **(Seite 5)** Wer hier für DIE LINKE für das Abgeordnetenhaus kandidiert. **(Seite 6)** Und warum Pascal Meiser der Richtige ist, Friedrichshain-Kreuzberg direkt im Bundestag zu vertreten. **(Seite 8)**

Linke Politik stoppt steigende Mieten

Mehr kommunale Wohnungen für soziale Sicherheit

Viele hielten es kaum für möglich, und doch ist es gelungen. Mit der Übernahme des Ressorts für Stadtentwicklung und Wohnen durch DIE LINKE begann vor fünf Jahren ein grundlegender Kurswechsel in der Wohnungs- und Mietenpolitik Berlins, hin zu einer gemeinwohlorientierten Wohnungspolitik mit bezahlbaren Mieten und einer sozialen und demokratischen Stadtentwicklung.

Neubau muss bezahlbar sein

Erinnern wir uns kurz. Wenige Jahre zuvor noch hatte der Regierende Bürgermeister Klaus Wowereit in steigenden Mieten kein Problem, sondern vielmehr ein Zeichen für den Aufschwung der Stadt gesehen. Und angesichts aufkommender Verdrängung hieß es flapsig: »Es gibt kein Recht auf Wohnen in der Innenstadt.« Als immer mehr Menschen Schwierigkeiten bekamen, eine für sie bezahlbare Wohnung zu finden, sahen Wowereits sozialdemokratische Nachfolger die Lösung vor allem im Wohnungsneubau. Um den anzukurbeln, rollte man privaten Investoren den roten Teppich aus. In der Tat haben die auch gebaut, nur halt wenig preisgünstige, sondern vor allem teure Wohnungen, vorzugsweise in der Innenstadt und vorzugsweise Eigentumswohnungen. Wohnungen, die sich viele Berlinerinnen und Berliner bis heute nicht leisten können und die die Mieten in ihrem Umfeld weiter steigen lassen.

Kurswechsel eingeleitet

Als DIE LINKE mit Katrin Lompscher das Ressort übernahm, hat sie mit dieser Politik gebrochen. Statt auf das Entgegenkommen privater Investoren setzten wir auf einen starken gemeinwohlorientierten Wohnungssektor aus kommunalen Wohnungsunternehmen und Genossenschaften, der nicht möglichst hohe Profite erwirtschaften soll, sondern in erster Linie die Menschen mit Wohnraum versorgen soll. Deshalb war eine der ersten Entscheidungen, dass die landeseigenen Wohnungsunternehmen ihre Mieten nur noch minimal erhöhen sollen. Zudem gehen jetzt bei Neuvermietung mehr als die Hälfte der Wohnungen an Menschen mit geringem oder mittlerem Einkommen, zu Mieten, die sie sich leisten können. Das wollen wir beibehalten und diese Quote weiter erhöhen.

Öffentlicher Grund und Boden wird nun nicht mehr verkauft, sondern vor allem an städtische Wohnungsunternehmen übertragen und an Genossenschaften verpachtet. Mit Erfolg: Jahr für Jahr steigt die Zahl neu gebauter kommunaler Wohnungen, inzwischen sind es so viele wie zuletzt vor 25 Jahren. Hinzu kommen mindestens 25 000 Wohnungen, die bisher angekauft wurden. Wir wollen das fortführen und auf diesem Weg bis 2025 den öffentlichen Bestand um ein Drittel auf dann 400 000 Wohnungen erhöhen.

Wir haben schon viel erreicht, aber da geht noch mehr. Um Mieterinnen und Mieter in Berlin dauerhaft vor ständig steigenden Mieten und damit einhergehender Verdrängung aus ihren Kiezen zu schützen, muss endlich Schluss damit sein, dass große, gewinnorientierte Immobilienunternehmen ihre Profite mit der Miete machen. Deshalb hat sich ein breites Bündnis aus Mietervereinen, Initiativen und Gewerkschaften zur Initiative »Deutsche Wohnen & Co enteignen« zusammengeschlossen und strebt die Vergesellschaftung der Wohnungen dieser Immobilienkonzerne an. DIE LINKE stand als einzige Partei im Abgeordnetenhaus von Anfang an hinter diesem Anliegen, **und deshalb werben wir selbstverständlich für ein Ja beim Volksentscheid am 26. September.**

Gemeinsam gegen Spekulation

Vieles hat sich grundlegend gewandelt, seitdem DIE LINKE die Verantwortung für Stadtentwicklung und Wohnen trägt. So wird nicht mehr tatenlos zugeschaut, wenn Immobilienspekulanten sich Häuser unter den Nagel reißen. Stattdessen haben wir die Möglichkeit geschaffen, dass die Bezirke – oder wie in der Karl-Marx-Allee die Mieterinnen und Mieter – ihnen per Vorkaufsrecht zuvorkommen können. Und selbst wenn ein Plan mal nicht

gleich aufgeht, wie beim Mietendeckel, war der Versuch nicht umsonst. Haben wir doch gezeigt, dass die Politik steigende Mieten stoppen kann. Dafür braucht es aber politische Mehrheiten, die das auch wollen. Für diese werden wir weiter im Bund streiten.

Eine bezahlbare und lebenswerte Stadt für alle

Nicht alles hat immer und von Anfang an geklappt. Besonders wenn es um die Planung von Neubauten und den Erhalt von Grünflächen und Freiräumen geht, lief das nicht immer reibungsfrei. Wie soll es auch anders sein in einer wachsenden Stadt? Aber anders als früher stellen wir uns den Diskussionen und ringen gemeinsam mit den Menschen um Lösungen, wie neuer Wohnraum geschaffen und die Stadt klimagerecht gestaltet werden kann. Dazu gehören autofreie Kieze und nachhaltige Bauverfahren ebenso wie mehr Solaranlagen auf begrünten Dächern und Fassaden. Denn am Ende ist eine Stadt nur dann sozial, wenn sie die Dinge miteinander vereinbaren kann: bezahlbaren Wohnraum für alle in einer intakten Stadtnatur mit Grünflächen und Freiräumen, die das Leben lebenswert machen.

»Die Frage, wem die Stadt gehört, ist noch nicht entschieden«

Interview mit **Klaus Lederer,** Kultursenator und Bürgermeister von Berlin, Spitzenkandidat für DIE LINKE zur Wahl des Abgeordnetenhauses

Daniel Seiffert

Es ist Dienstag, der 1. Juni. Zum ersten Mal seit Monaten hat der Senat wieder in Präsenz getagt. Endlich sind lang ersehnte Öffnungsschritte möglich: für Schulen, Gastronomie, Kultur. Die Pressekonferenz liegt hinter ihm, auch das gemeinsame Hissen der Regenbogenflagge zur »Pride Week«. Klaus Lederer ruckelt seine FFP2-Maske zurecht, seine Augen wirken vergnügt. Erstmal raus an die frische Luft, dann das Interview. Berlins Kultursenator muss nicht betonen, dass er gerne ins Rote Rathaus will. Als Bürgermeister und Stellvertreter des Regierenden hat er hier bereits ein Büro. Klaus Lederer ist schon drin. Aber er will mehr.

Herr Lederer, Sie haben heute wieder lange im Senat gesessen. Die Konkurrenz ist derweil im Wahlkampf unterwegs. Wie wollen Sie da bei den Berlinerinnen und Berlinern punkten?

Oh, ich hoffe, dass mir daraus kein Nachteil erwächst … (guckt verschmitzt). Nein, ohne Schmus, natürlich bin auch ich jetzt wieder mehr draußen anzutreffen, aber ganz viel eben auch als Kultursenator. Kultur ist ja nicht nur schmückendes Beiwerk, sondern das Lebenselixier unserer Stadt. Es ist unglaublich schön, dass wir jetzt auf einen grandiosen Neustart für unsere Bühnen, Konzerthäuser, Klubs und Kinos blicken können. Die Künstlerinnen und Künstler und alle, die mit ihnen zusammenarbeiten, erwecken unsere Stadt zu neuem Leben, und ich bin froh, da zur Seite stehen zu können, und will das auch für die Zukunft sichern. Viele, die normalerweise im Kultur- und Veranstaltungsbereich tätig sind, haben in den letzten Monaten ihr Publikum schmerzlich vermisst, aber trotzdem ganz viel produziert, digitale Bildungsangebote gemacht oder auch mit großem Engagement die Arbeit der Impfzentren unterstützt. Berlin hat trotz aller Zumutungen eine riesige Solidarität gelebt und erlebt. Und das können wir gemeinsam auch weiter gut brauchen.

Mit Corona haben Landesregierungen ja überall viel um die Ohren. Ist Berlin bislang besser durchgekommen, weil hier DIE LINKE regiert?

Naja, so ein Virus kennt natürlich keine politischen Parteien, und die Sorge um die Gesundheit der Berlinerinnen und Berliner hat uns im Senat auch immer geeint. Aber es kam nicht von ungefähr, dass wir 100 000 Solo-Selbständige, die oft unter prekären Bedingungen arbeiten, so schnell mit Soforthilfen unterstützen konnten. Ich habe mich dafür stark gemacht, dass Bibliotheken weitgehend und Buchläden, im Sinne von »Bücher sind Lebensmittel«, geöffnet waren. Auch dass in Berlin Ausgangsbeschränkungen auf das Nötigste reduziert blieben, trägt deutlich linke Handschrift. Wir waren es, die Unternehmen in die Pflicht genommen haben, strengere Homeoffice-Regelungen umzusetzen, weil es nicht erklärbar ist, dass notwendige Kontaktbeschränkungen nur im Privaten stattfinden, aber nicht bei der Arbeit. Letztlich sind die Stärkung des Gemeinwesens, das Funktionieren des Öffentlichen der Dreh- und Angelpunkt, um gut durch Krisen zu kommen.

Sind das Soziale Berlin und die Frage nach bezahlbarem Wohnen durch die Pandemie derweil auf der Strecke geblieben?

Die Stärkung des Öffentlichen und soziale Fragen hängen ja untrennbar zusammen. Eine funktionierende Stadt und gute Dienstleistungen brauchen alle in Berlin, besonders diejenigen, die es auch so schon schwer haben. Und dass unsere Sozialsenatorin Elke Breitenbach wie eine Löwin für diese kämpft, kann gar nicht oft genug betont werden. Deshalb wurden zum Beispiel kostenlos Masken verteilt, deshalb waren für Obdachlose die Unterkünfte der Kältehilfe auch tagsüber geöffnet. Deshalb konnten Impfangebote unterbreitet werden und stehen für Menschen aus engen Unterkünften Quarantäneplätze in Jugendherbergen und Hotels zur Verfügung. Das Ringen um bezahlbaren Wohnraum ist und bleibt unser Schwerpunkt. Seit DIE LINKE in Berlin 2016 das Stadtentwicklungsressort übernommen hat, gibt es endlich mal Bewegung in diesem Bereich. Bis dahin gab es immer nur eine, und zwar die von Mieten nach oben. Da haben wir Alternativen gezeigt, und dass selbst Konzerne wie Vonovia und Deutsche Wohnen der Stadt nun Angebote unterbreiten, war vor Jahren noch undenkbar. Natürlich ist das keine Nächstenliebe. Denn wenn Markt und Private alles so gut regeln würden, wie sie immer von sich sagen, wäre die Wohnungsfrage nicht das große politische Thema unserer Zeit. Das Land kann und will gegen hohe Mieten mehr in der Hand haben, deshalb wurden Wohnungen wieder zurückgekauft, deswegen wurde auch mehr als in vielen Jahren zuvor neu gebaut und deshalb unterstützt DIE LINKE auch den Volksentscheid zur Vergesellschaftung großer Wohnungsunternehmen. Das muss weitergehen, da wünsche ich mir, dass der Druck aufrechterhalten wird. Die Frage, wem die Stadt gehört, ist noch nicht entschieden.

Und deshalb am 26. September in Berlin DIE LINKE mit Klaus Lederer wählen?

Ja klar. Das Rote Rathaus muss endlich auch von innen heraus rot strahlen. Wobei ich immer auch wichtig finde, überhaupt wählen zu gehen. Und wenn dann möglichst viele Berlinerinnen und Berliner ihr Kreuz bei mir und der Linken machen, stärkt uns das natürlich bei der Durchsetzung unserer politischen Positionen.

Niemanden zurücklassen

Durch die Pandemie haben wir erlebt, wie schnell Menschen in eine finanzielle Schieflage geraten können und wie wichtig sichere Jobs und Arbeitsschutz sind. Wir haben erlebt, wie sehr es auf die Menschen ankommt, die unsere Stadt am Laufen halten. Sei es die Busfahrerin, die Krankenschwester oder der Paketzusteller. Wir wollen, dass sie und alle anderen Menschen von ihrer Arbeit gut leben können. Frei von Angst vor Armut, auch im Alter. Dazu gehören sichere Arbeitsplätze ohne Befristung mit einem guten Einkommen. Lebens- und Familienplanung sind mit befristeten Jobs nur schwer möglich. Der unbefristete Vertrag muss wieder die Regel werden. Berlin ist bekannt für seine vielen kreativen Köpfe, doch vor allem in der Kreativwirtschaft und bei den vielen digitalen Start-Ups reicht bei vielen Beschäftigten das Gehalt kaum aus, um über die Runden zu kommen. Auch die Beschäftigten in der Pflege und im Gesundheitswesen können ein Lied von schlechten Arbeitsbedingungen singen. Unsichere, prekäre Verhältnisse und ständiger Leistungsdruck, das ist in vielen Branchen Alltag, aber das darf nicht sein. Unser Ziel sind sichere Arbeitsplätze, ein Ausbildungsplatzangebot für alle jungen Menschen, gute Löhne und mehr Zeit zum Leben. Freizeit ist kein Luxus, und zu guter Arbeit gehört auch die Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben.

Deshalb sind wir in Berlin bereits viele Schritte gegangen, um prekäre Arbeit zurückzudrängen und die Stadt sozialer zu gestalten. Wir haben den Landesmindest- und Vergabelohn auf 12,50 Euro erhöht, sachgrundlose Befristungen im öffentlichen Bereich verboten und viele der ausgegründeten Unternehmenstöchter öffentlicher Betriebe zurückgeführt. Daran wollen wir anknüpfen und schlecht bezahlte Arbeit weiter zurückdrängen. Der öffentliche Dienst und die Verwaltungen müssen Vorreiter für gute Arbeit sein. Die Bekämpfung von Armut bleibt unser Herzensthema. Ebenfalls ganz oben auf unserer Agenda steht das Thema Wohnungslosigkeit. Hier hat unsere Sozialsenatorin Elke Breitenbach in den letzten Jahren angepackt und mit Projekten wie »Housing First« und dem massiven Ausbau der Kältehilfe eine spürbare Verbesserung für die Betroffenen erreicht. Wir wollen Obdachlosigkeit bis zum Jahr 2030 komplett beenden. Das ist ambitioniert, aber zu schaffen, wenn es dafür einen breiten Konsens in der Stadt gibt. Niemand soll in Armut auf der Straße leben müssen.

»Eine Gesellschaft muss sich daran messen lassen, wie sie mit den Schwächsten umgeht.«

Foto: Kirsten Wechsitberger

Elke Breitenbach ist seit 2016 Senatorin für Integration, Arbeit und Soziales.

Berlin verändert sich rasant, und die sozialen und wirtschaftlichen Folgen der Krise werden uns noch lange beschäftigen. Für DIE LINKE ist klar, dass es nicht die Beschäftigten und Erwerbslosen sein dürfen, auf deren Rücken die Folgen der Krise ausgetragen werden. Kürzungen in der sozialen Infrastruktur wird es mit uns nicht geben. Im Gegenteil: Wir wollen weiter in Stadtteilzentren, den Seniorentreff an der Ecke, die Jugendzentren und Beratungsstellen investieren. Sie sind wichtige soziale Treffpunkte, wo ganz unterschiedliche Menschen auch ohne dicken Geldbeutel zusammenkommen können. Das macht unsere Kieze lebenswert.

Verkehrswende umsetzen

Sichere Radwege, Platz zum Laufen und bezahlbarer ÖPNV für alle

Verkehrslärm, Feinstaub und Abgase schaden nicht nur Umwelt und Klima, sondern auch der Gesundheit der Menschen in der Stadt. Darunter leiden aber nicht die Villenbesitzer*innen, sondern vor allem die Menschen mit wenig Geld, die an vielbefahrenen Straßen wohnen müssen. Sauberer Verkehr ist also auch eine Frage der sozialen Gerechtigkeit. Deshalb arbeitet DIE LINKE an einer sozialen und ökologischen Verkehrswende, die allen zu Gute kommt. Je mehr Menschen vom Auto auf den Nahverkehr oder das Fahrrad umsteigen, desto mehr Platz bleibt für die, die wirklich aufs Auto angewiesen sind; wie Pflegedienste, im Handwerk Arbeitende oder Menschen mit Mobilitätseinschränkungen. Grundlage für die Verkehrswende ist ein funktionierender Nahverkehr in der ganzen Stadt. Um den Umstieg vom Auto für Pendelnde zu ermöglichen, wollen wir vor allem die Außenbezirke deutlich besser an das ÖPNV-Netz anschließen. Regional- und S-Bahnstrecken ins Berliner Umland müssen ausgebaut werden – am besten mit einer kommunalen S-Bahn aus einer Hand. Die Investitionen in den Nahverkehr haben wir bereits in dieser Wahlperiode massiv erhöht. Damit werden der ÖPNV erweitert, die Takte verdichtet und neue Fahrzeuge für U-, S-Bahn und Tram angeschafft. Auch die Umrüstung der Busflotte auf Elektro-Busse hat begonnen. Klar ist: Wir brauchen so schnell wie möglich mehr Kapazitäten im ÖPNV und nicht erst in 20 Jahren. Deswegen liegt der Fokus für DIE LINKE auf dem Ausbau der Straßenbahn. Denn der geht schnell, ist günstig und klimafreundlich. Mobil sein heißt, dabei sein. Deshalb müssen sich alle Menschen den ÖPNV leisten können. Wir haben den Preis für das Sozialticket bereits gesenkt, Schülerinnen und Schüler fahren kostenlos, Azubis für einen Euro am Tag. Wir treten dafür ein, die Fahrpreise weiter zu senken.

Adobe Stock/j-mel

Mit dem Mobilitätsgesetz haben wir dem ÖPNV, Fahrrad und Zu-Fuß-Gehen Vorrang gegeben. Das muss jetzt auf den Straßen umgesetzt werden. Ob an der Hasenheide oder in der Holzmarktstraße; vor allem in der Innenstadt hat sich an einigen Stellen die Situation für Radfahrende schon spürbar verbessert. Aber auch uns geht es dabei noch nicht schnell genug. Deswegen wollen wir den Bau von mit Pollern geschützten Radwegen weiter vorantreiben und dafür sorgen, dass die in der Pandemie entstandenen Pop-up-Radwege dauerhaft bleiben. Auch hier gilt: Wenn die Bereiche für Autos, Fahrräder und Zu-Fuß-Gehende klar voneinander getrennt sind, wird es für alle sicherer.

Übrigens darf auch das Zu-Fuß-Gehen nicht unterschätzt werden. Sieben Millionen Wege werden pro Tag in Berlin so zurückgelegt. Wir alle – ob mit oder ohne Handicap, ob jung oder alt – nehmen am Fußverkehr teil. Wir sind dabei, zu Fuß zu gehen sicher und barrierefrei zu machen. Dazu gehören zum Beispiel auch längere Grünphasen an Ampeln und mehr Sitzbänke. Mit Verkehrsberuhigung, mehr Zonen für Fußverkehr und temporären Spielstraßen kann zudem der Platz in den Kiezen zugunsten der Menschen umverteilt werden. Der vom Bund geplante Weiterbau der A100 erscheint dabei wie ein Vorhaben, das völlig aus der Zeit gefallen ist. Wir wollen nicht, dass eine Autobahn unsere Kieze zerschneidet – egal ob in Treptow, Friedrichshain oder Lichtenberg. DIE LINKE setzt sich deshalb für einen sofortigen Baustopp ein. Die vielen Fahrraddemos und Proteste gegen den Weiterbau zeigen, dass wir damit nicht alleine sind. Denn eins ist auch klar: Den sozial-ökologischen Umbau der Stadt mit aller Kraft weiterzubringen, geht nicht gegen, sondern nur zusammen mit den Menschen in unserer Stadt.

Das ist Friedrichshain!

Die Friedrichshainer Karl-Marx-Allee, wo ich für das Abgeordnetenhaus kandidiere, ist historisches Pflaster. Hier haben die Immobilienkonzerne schon einmal den Kürzeren gezogen. 2019 sollten vier Blöcke mit mehr als 700 Wohnungen an die Deutsche Wohnen verkauft werden. Heute sind sie in öffentlicher Hand. Denn die Mieter*innen haben kräftig mobil gemacht. Sie haben protestiert, rote Laken aus den Fenstern gehängt und ein kreatives juristisches Modell entwickelt. Fast die Hälfte der Betroffenen war bereit, das Vorkaufsrecht für die eigene Wohnung auszuüben und diese dann direkt an eine landeseigene Wohnungsbaugesellschaft weiterzureichen. Wir als LINKE haben das Projekt nach Kräften unterstützt und dafür gesorgt, dass genug Geld zur Verfügung steht. Die Deutsche Wohnen hat geschäumt und mit Klagen gedroht – und schließlich einen Rückzieher gemacht. Die Wohnungen sind dann an die landeseigene Gewobag gegangen. Die Bewohner*innen haben nichts mehr zu befürchten.

Die Geschichte zeigt: Die Mietenexplosion in unserer Stadt ist kein Naturgesetz, sie kann gestoppt werden! Mit Mut und Kreativität kann man es auch mit den großen Immobilienkonzernen aufnehmen. Die Wohnungen sollen für die Menschen da sein, sie sind keine Renditeobjekte. Dafür stehen wir als LINKE. Dafür sind wir auch weiterhin bereit, uns mit mächtigen Gegnern anzulegen. Wir unterstützen das Volksbegehren »Deutsche Wohnen & Co enteignen«, wir stehen für Milieuschutz, öffentliches Vorkaufsrecht und neuen sozialen Wohnungsbau.

Wir sagen aber auch: Die Nachverdichtung in Friedrichshain muss mit Augenmaß und Transparenz erfolgen. Die kommunalen Wohnungsbaugesellschaften sollen weiter bezahlbaren Wohnraum schaffen. Aber es ist nichts gewonnen, wenn grüne Hinterhöfe komplett zugebaut werden und unser Stadtteil nicht mehr lebenswert ist. Deshalb müssen die Anwohner*innen bei Neubauvorhaben in Friedrichshain stärker beteiligt werden. Eine Baupolitik, die über die Köpfe der Betroffenen hinweg erfolgt, kann nicht erfolgreich sein.

Das gilt auch für die Verkehrspolitik. Bevor Straßen für den Autoverkehr gesperrt werden, müssen die dort lebenden Menschen – vor allem die Älteren – beteiligt und ihre Bedürfnisse berücksichtigt werden. In meinem Wahlkreis liegt nicht nur die Karl-Marx-Allee, sondern auch das Klinikum im Friedrichshain. Dort machen die Pflegerinnen für bessere Arbeitsbedingungen und Bezahlung mobil. Sie arbeiten nicht erst seit der Corona-Pandemie am Limit und halten den Kopf für uns alle hin. Deshalb unterstütze ich ihre Forderungen. Jeder muss früher oder später mal ins Krankenhaus. Unterbesetzte Stationen und überarbeitetes Personal sind lebensgefährlich. Deshalb setze ich mich für mehr Krankenhauspersonal und tarifliche Bezahlung auch bei den Tochtergesellschaften der landeseigenen Krankenhäuser ein.

Olaf Krostitz

Damiano Valgolio, Direktkandidat für das Abgeordnetenhaus (Wahlkreis 4)

Friedrichshain-Kreuzberg: Sozial, Solidarisch, Weltoffen!

Viele nehmen Friedrichshain-Kreuzberg vor allem als linksalternativen Bezirk wahr, der sich völlig zu Recht weit über die Grenzen Berlins hinaus großer Bekanntheit und Beliebtheit erfreut. Friedrichshain-Kreuzberg ist aber mehr als der hippe und laute Innenstadtbezirk Berlins mit seiner großen Gastro- und Clublandschaft. Er ist das Zuhause und die Heimat von Menschen unterschiedlichster Herkunft und Interessen, von Subkulturen, einer Fülle an Sportvereinen und kulturellen Angeboten. Unser Bezirk ist im besten Sinne vielfältig!

»Zuhören. Verstehen. Verändern.«

Um diese Vielfalt zu erhalten, wollen wir ins Gespräch kommen und die Menschen in unserem Bezirk beteiligen. Sie sollen mitreden und bei der Gestaltung ihrer Kieze mitmischen können. Bürger*innenbeteiligung ist für uns kein Lippenbekenntnis, sondern gelebte Praxis.

DIE LINKE ist davon überzeugt, dass wir in unserem Bezirk eine Verkehrswende brauchen. Nicht nur zum Schutz des Klimas, sondern auch, um die Bürger*innen zu schützen. Wir sind aber ebenso überzeugt, dass dies mit echter Beteiligung verbunden sein und sozialverträglich gestaltet werden muss.

Wir brauchen bezahlbaren Wohnraum und den Schutz vor Verdrängung von Kleingewerbe und alteingesessener Gastronomie. Im ersten Schritt wollen wir deshalb flächendeckende Milieuschutzgebiete und eine Ausweitung des Kampfes gegen Spekulation durch die stärkere Nutzung des Vorkaufsrechts.

DIE LINKE denkt aber auch an jene, die keine Wohnung haben: Der Bezirk muss aktiv mitarbeiten, damit wir in unserer Stadt bis 2030 Obdachlosigkeit beenden können. Schließlich braucht es eine linke Mehrheit im Bezirksamt, damit anständige Bezahlung, gute Arbeit, die jahrelang verzögerte und verschlafene Digitalisierung und die Leistungsfähigkeit unserer Verwaltung nachhaltig auf der Agenda stehen. Dafür streiten wir und bitten um Ihre Stimme.

Oliver Nöll, Spitzenkandidat für die Wahlen zur Bezirksverordnetenversammlung

Unsere sechs Kandidatinnen und Kandidaten zur Abgeordnetenhauswahl

Gaby Gottwald
Kandidatin im **WK 1**
Kreuzberg West

Elif Eralp
Kandidatin im **WK 2**
Kreuzberg

Reza Amiri
Kandidat im **WK 3**
Kreuzberg

Damiano Valgolio
Kandidat im **WK 4**
Friedrichshain West

Steffen Zillich
Kandidat im **WK 5**
Friedrichshain Nord

Kerstin Wolter
Kandidatin im **WK 6**
Friedrichshain Südkiez/Stralau

Kiezleben statt Investorenwüste!

Ich bin Kerstin Wolter. Vor 15 Jahren habe ich die dörfliche Idylle Mecklenburg-Vorpommerns gegen das Leben im trubeligen Boxi-Kiez eingetauscht. Bereut habe ich das nie – im Gegenteil. Während auf dem Land lange alles so bleibt wie es ist, gehört Wandel zu einer Stadt wie Berlin dazu – doch die Frage ist: Wie gestalten wir den Wandel? Was muss sich unbedingt ändern, weil es falsch läuft, und was wollen wir bewahren, weil es bereits gut ist?

Im Südosten Friedrichshains habe ich schon vieles gehen und kommen sehen. Kleine Läden wie der Schuster oder der kleine Handwerksladen um die Ecke sind Fastfood-Ketten und teuren Start-ups gewichen. Es ist nicht zu übersehen: Berlin und auch dieser Kiez haben eine Menge Probleme: teure Wohnungen, Verdrängung, viele Läden können ihre Miete nicht mehr bezahlen. Immer mehr Weinbars und immer weniger Metzger, aber dennoch: Noch gibt es ein Berlin und ein Friedrichshain-Kreuzberg, für die es sich zu kämpfen lohnt. Im Abgeordnetenhaus will ich mich für eine Stadtentwicklung einsetzen, die sich an den Menschen orientiert, die hier leben und arbeiten, und nicht an den Interessen von Investoren. Ich will kleinen Gewerbetreibenden, Clubs und Nachbarschaftszentren helfen zu bleiben und gleichzeitig gegen Amazon und Signa klare Kante zeigen.

Kein Mensch braucht hier immer weitere Bürotürme. Stattdessen brauchen wir mehr bezahlbaren Wohn- und Gewerberaum und Freiflächen zum Erholen. Ich möchte, dass sich niemand mehr Gedanken machen muss, wo sie oder er noch einkaufen kann, wenn der letzte günstige Supermarkt verschwindet. Die Größe des Geldbeutels darf nicht länger darüber entscheiden, ob man sich ein Leben in unserem Bezirk noch leisten kann. Unser Kiez soll gerecht und sozial und für alle sein.

»Unser Kiez soll gerecht und sozial und für alle sein.«

Dafür stehe ich, das mache ich, und dafür kandidiere ich. Damit nicht über uns, sondern immer nur mit uns entschieden wird. Und daran will ich auch gemessen werden.

Bundestagswahl 2021:

Wir machen das Land gerecht!

Es ist Zeit zu handeln: Wir machen das Land gerecht, denn die Zukunft beginnt jetzt. Nachdem jahrzehntelang öffentliches Eigentum an profitgierige Konzerne verramscht wurde, müssen die Dinge, die alle Menschen brauchen, wie Krankenhäuser und Pflegeheime, Sozialer Wohnungsbau, Schulen und Kitas, Bus und Bahn, auch wieder allen gehören. Für wirksamen Klimaschutz brauchen wir klare Ansagen an Konzerne, eine echte Verkehrswende und eine schnellere, dezentrale und sozial gerechte Energiewende.

Wer zahlt für die Corona- und Klimakrise? Wie üblich die Beschäftigten? Nein! DIE LINKE will das Geld von denen holen, die reichlich davon haben und trotzdem bisher fürstlich mit Steuergeschenken bedacht wurden.

Wir müssen jetzt damit beginnen, Deutschland zum Land der Zukunft zu machen: sozial gerecht, klimaneutral und friedlich. Die Zeit drängt. Die Zukunft machen wir jetzt.

*Janine Wissler und Dietmar Bartsch, die linken Spitzenkandidat*innen für die Bundestagswahl.*

Zeit zu handeln! Für soziale Sicherheit, Frieden und Klimagerechtigkeit

Gute Arbeit für alle – jetzt!
- 13 Euro Mindestlohn, ausnahmslos!
- Leiharbeit, sachgrundlose Befristung, Mini- und Midi-Jobs abschaffen
- Tarifverträge auf Antrag einer Tarifpartei allgemeinverbindlich erklären
- Arbeitszeitverkürzung auf rund 30 Stunden pro Woche mit Lohnausgleich
- Recht auf Weiterqualifizierung mit sozialer Absicherung

Gesundheit und Pflege stärken – jetzt!
- Solidarische Gesundheitsversicherung und Pflegevollversicherung für alle
- 200 000 zusätzliche Pflegekräfte in Krankenhäusern und Pflegeheimen
- Gesetzliche Personalbemessung einführen
- Keine Profite mit Krankenhäusern und Pflegeheimen

Soziale Sicherheit für alle – jetzt!
- Arbeitslosengeld I verlängern; Arbeitslosengeld Plus einführen
- 1.200 Euro sanktionsfreie Mindestsicherung statt Hartz IV
- Eigenständige Kindergrundsicherung
- Sofortmaßnahme: Grundsicherung auf 658 Euro anheben und Sanktionen abschaffen

Rente: Lebensstandard sichern und vor Armut schützen – jetzt!
- Rente mit 65 oder nach 40 Beitragsjahren statt Rente mit 67
- Rentenniveau wieder auf 53 Prozent anheben
- Solidarische Mindestrente von 1.200 Euro
- Ostrenten endlich angleichen
- Eine Rentenversicherung für alle

Bezahlbare Wohnungen für alle – jetzt!
- Bundesweiter Mietendeckel: Mieterhöhungen verbieten, Mietobergrenzen festlegen und überhöhte Mieten absenken
- Neubau für alle statt Luxuspaläste für Reiche! Sozialen Wohnungsbau wiederbeleben, 250 000 neue Sozialwohnungen pro Jahr – mindestens!
- Wir holen uns unsere Wohnungen zurück! Mietwucher-Konzerne enteignen, Vorkaufsrecht für Kommunen stärken

Wirtschaft sozial und ökologisch umbauen – jetzt!
- Investitionsoffensive für CO_2-freie und klimaneutrale Wirtschaft und Infrastruktur bis 2035
- Verkehrswende: Investitionen in Bus, Bahn, Radwege und Stadtumbau; Automobilindustrie umbauen
- Energiewende beschleunigen: Ausstieg aus der Kohle bis 2030; 100 Prozent erneuerbare Energien bis 2035

Steuergerechtigkeit: Reichtum fair verteilen – jetzt!
- Kleine und mittlere Einkommen entlasten, Spitzensteuersatz anheben
- Wer unter 6.500 Euro brutto im Monat hat (Single, Steuerklasse I), zahlt weniger
- Kosten der Corona-Krise gerecht verteilen: Vermögensabgabe auf Vermögen über 2 Mio. Euro
- Vermögensteuer wieder einführen! 1 Prozent auf Vermögen ab der zweiten Million, 5 Prozent ab 50 Millionen – für Investitionen in Bildung, Erziehung, Gesundheit und Pflege
- Steueroasen trockenlegen, Steuerhinterziehung bekämpfen, Steuerpflicht für Digitalkonzerne durchsetzen

Gerechtigkeit für die Menschen in Ostdeutschland – jetzt!
- Ost-West-Lohngefälle überwinden: einheitliche Tarifgebiete in Ost und West, Tariftreue und Vergabemindestlohn
- Gleiche Renten für gleiche Lebensleistung
- Solidarpakt III: Solidaritätszuschlag für Regionen im industriellen Umbruch
- Demokratische Beteiligung der Menschen beim Strukturwandel
- Bauernland gehört nicht in Investorenhand! Regionale ökologische Landwirtschaft stärken

Frieden und Menschlichkeit weltweit – jetzt!
- Keine Auslandseinsätze der Bundeswehr
- Waffenexporte stoppen
- Abrüstung statt Aufrüstung der Bundeswehr, Rüstungsetat jährlich 10 Prozent kürzen
- Sicherer Hafen für Geflüchtete: Abschiebungen stoppen, Bleiberecht und Seenotrettung
- Einwanderung: Aufenthalts- und Arbeitserlaubnisse für Nicht-EU-Bürger*innen ausbauen; Legalisierung und effektive Bleiberechtsregelungen

Direkt für Friedrichshain, Kreuzberg und Prenzlauer Berg

Mieten deckeln, Ausbeutung stoppen, Klima sozial gerecht schützen

Friedrichshain, Kreuzberg und Prenzlauer Berg sind weit über Berlin hinaus bekannt. Unser Ost-West-Wahlkreis ist lebendig und angenehm widerspenstig. Auch deshalb leben wohl die meisten von uns gerne hier.
Doch die Mieten explodieren und die meisten Einkommen können da nicht mithalten. An manchen Orten sind es zwischen neu gebauten Luxuslofts und Orten bitterer Armut nur wenige Schritte. Auch alteingesessene Kneipen und Läden, soziale Einrichtungen und alternative Treffpunkte fallen zunehmend der Verdrängung zum Opfer, und immer mehr Menschen fragen sich, ob sie sich morgen noch leisten können, in ihrem Kiez zu leben.
Zugleich fordern der Klimawandel und seine Folgen von uns entschlossenes Handeln, wenn wir wollen, dass unser Planet für künftige Generationen lebenswert bleibt. Doch auch das droht gerade wieder einmal zu Lasten derjenigen zu gehen, die eh schon jeden Euro zweimal umdrehen müssen. Zum Glück wehren sich immer mehr Menschen, auch und gerade in Friedrichshain, Kreuzberg und Prenzlauer Berg. Der Kampf um den Berliner Mietendeckel und die Bewegung für die Vergesellschaftung von Deutsche Wohnen, Vonovia und Co. zeigen, was möglich ist, wenn Menschen selbst für ihre Interessen einstehen und es die richtigen Mehrheiten in den Parlamenten gibt.
In den letzten vier Jahren habe ich als Abgeordneter alles darangesetzt, unserem ganz besonderen Wahlkreis im Deutschen Bundestag eine starke linke Stimme zu geben. Ich durfte streitbaren Beschäftigten zur Seite stehen, die für Respekt und gegen Armutslöhne kämpften. Ich durfte wehrhafte Hausgemeinschaften unterstützen, die verhindern wollten, dass Ihr Haus der Immobilienspekulation zum Opfer fiel. Ich durfte kleinen Gewerbetreibenden zur Seite stehen, die sich gegen die Verdrängung und damit gegen die Vernichtung ihrer wirtschaftlichen Existenz zur Wehr setzten.
Doch wenn es im Deutschen Bundestag darum ging, Gesetze so zu ändern, dass sie den Menschen in unserem Wahlkreis wirklich helfen, ist dies leider zumeist an der sogenannten Großen Koalition gescheitert. Es brauchte nicht erst die jüngsten Korruptionsskandale, um festzustellen: insbesondere CDU und CSU haben wirklich fertig. Deshalb darf man sich auch nichts vormachen: Wer glaubt, mit einer schwarz-grünen Bundesregierung würde es nur einen Deut besser, der glaubt vermutlich auch, dass Zitronenfalter Zitronen falten.
Wirkliche Verbesserungen zum Guten wird es nur mit anderen Mehrheiten und einem starken Wahlergebnis für DIE LINKE geben. Und wo, wenn nicht in unserem Wahlkreis, könnten wir ein deutlicheres Zeichen setzen, was wir von den schwarz-grünen Plänen halten? Wer mir seine Stimme gibt, kann sich jedenfalls darauf verlassen: Von mir wird es keine Stimme für eine Regierung unter Beteiligung von CDU und CSU geben. Ich kämpfe weiter für einen echten solidarischen Aufbruch. Daran wird sich auch nach der Wahl nichts ändern.

Olaf Krostitz

Pascal Meiser, Mitglied des Deutschen Bundestags und Direktkandidat für Friedrichshain-Kreuzberg-Prenzlauer Berg Ost

Am 26. September ist Mietenwahl!

Welche Themen sind für euch zentral?
Janine: Die Pandemie hat die Missstände noch deutlicher gezeigt. Uns geht es um Menschenwürde statt Pflegenotstand. Dafür brauchen wir ein Sofortprogramm für mehr Personal und bessere Bezahlung in der Pflege. Die Bundestagswahl wird zu einer Abstimmung über bezahlbare Mieten. Wir wollen einen bundesweiten Mietendeckel und einen Mietenstopp – das ist ein Akt der sozialen Notwehr. Und: Wir wollen die Wirtschaft sozial und ökologisch umbauen. Klimaschutz und soziale Gerechtigkeit gehören untrennbar zusammen – und wer fürs Klima was bewegen will, muss den Mut haben, sich mit den Konzernen anzulegen.

»Gemeinsam machen wir das Land gerecht« – Was muss denn geschehen, damit es hier wieder gerecht zugeht?
Dietmar: Corona hinterlässt eine Schneise der Verwüstung im Land – politisch, sozial, kulturell und finanziell. Während der größten Krise des Landes sind »die ganz oben« um Milliarden reicher geworden, und die Verkäuferin oder der Krankenpfleger haben außer müdem Applaus kaum etwas erhalten. Diese Politik muss enden! Drei Projekte sind für mich ganz zentral: Die Mehrheit im Land verdient zu wenig und zahlt zu viel. Deshalb sagen wir: Für diese Krise müssen die Milliardäre und Multimillionäre zahlen. Mit einer einmaligen Vermögensabgabe, die nur ganz oben zulangt. Außerdem brauchen wir einen Plan für Investitionen in die Infrastruktur, den Ausbau der öffentlichen Daseinsvorsorge. Schulen, Kliniken – wir müssen raus aus dem Verschleiß. Und wir brauchen Sozialkassen, in die alle einzahlen. Nicht nur Arbeiter und Angestellte.

Janine: Harte Arbeit – ob auf dem Bau oder im Supermarkt, in der Kita oder im Krankenhaus – muss besser bezahlt werden! Die Rente muss den Lebensstandard sichern und endlich auch Frauen und Menschen mit niedrigen Löhnen vor Altersarmut schützen. Wir wollen eine Gesellschaft, in der Zugang zu guter Bildung nicht davon abhängt, in welche Familie ein Kind geboren wird. Es geht um eine bessere Zukunft und um ein besseres Leben im Hier und Jetzt. Kein Warten mehr und kein Vertrösten. Wir wollen einen grundlegenden Politikwechsel, nicht nur einen Regierungswechsel. Für uns stehen die Inhalte im Vordergrund: soziale Absicherung für alle, Menschenwürde in der Pflege und bezahlbares Wohnen, entschlossener und gerechter Klimaschutz.

Olaf Krostitz

Janine Wissler und **Dietmar Bartsch**, die linken Spitzenkandidat*innen für die Bundestagswahl.

Impressum

Wahlzeitung zu den Wahlen am 26. September 2021

Herausgeberin:
DIE LINKE. Berlin
Kleine Alexanderstraße 28
10178 Berlin

Landesgeschäftsführer
Sebastian Koch (V.i.S.d.P.)

Redaktionsschluss:
19. August 2021
Auflage: 107 120 Exemplare

info@dielinke.berlin
www.dielinke.berlin

Die Nutzungsrechte nicht gekennzeichneter Bilder liegen bei der Partei DIE LINKE.

Layout und Satz:
DiG / Plus GmbH
Druck: Berliner Zeitungsdruck